

THÜR. LANDTAG POST  
11.11.2022 10:21  
27745/2022

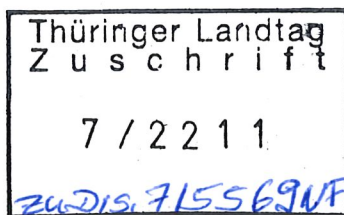
Universität Augsburg – Lehrstuhl Prof. Dr. Josef Franz Lindner – 86159 Augsburg

An den  
Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Prof. Dr. Josef Franz Lindner  
Lehrstuhl für Öffentliches Recht,  
Medizinrecht und Rechtsphilosophie  
Juristische Fakultät  
Universitätsstraße 24  
86159 Augsburg

Den Mitgliedern des

..... *InnVer* .....



Augsburg, den 11. November 2022

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (Drs. 7/5569)  
hier: Anhörungsverfahren; schriftliche Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Einladung, zu oben genanntem Gesetzentwurf eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, darf ich herzlich danken. Gerne komme ich der Bitte nach. Ich darf mich dabei auf einige grundsätzliche Erwägungen konzentrieren. Meine Stellungnahme beschränkt sich auf erfassungsrechtliche Aspekte und sieht von rechtspolitischen Erwägungen ab.

Vorab erlaube ich mir den Hinweis, dass der in der Begründung zum Gesetzentwurf (Drs. 7/5569) verwendete Begriff der „Geheimdienstkontrolle“ nicht der rechtlichen, zumal verfassungsrechtlichen Terminologie entspricht. Es wird angeregt, stattdessen die Bezeichnung Kontrolle des Nachrichtendienstes oder des Verfassungsschutzes zu verwenden (vgl. Art. 45, 73 Nr. 10b GG). Auch Art. 97 ThürVerf gebraucht den Begriff „Geheimdienst“, der in der politischen Diskussion pejorative Konnotation hat, nicht.

Zu den Fragen im Einzelnen:

1. Eine Kooperation der jeweils zuständigen Kontrollgremien der Länder in Fragen des Verfassungsschutzes ist in allgemeiner Hinsicht auch ohne gesetzliche Grundlage möglich. Grenzen der Kooperation bestehen dann, wenn sich Kooperation und Informationsaustausch auf personenbezogene Daten beziehen oder solche selbst enthalten. In einer im Rahmen der Kooperation erfolgenden Übermittlung personenbezogener Daten liegt ein selbständiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, der einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Eine solche gesetzliche Grundla-

ge ist ihrerseits nur dann verfassungskonform, wenn dargelegt wird, dass für den Austausch personenbezogener Daten zwischen Kontrollbehörden oder -organen ein verfassungsrechtlich legitimer Zweck besteht und die Übermittlung zur Erreichung dieses Zwecks insbesondere erforderlich ist. Ob und inwieweit dies der Fall ist, kann ich aus eigener Kompetenz nicht beurteilen. Sollte sich der Gesetzgeber dazu entschließen, eine entsprechende Rechtsgrundlage für einen Austausch personenbezogener Daten mit den Kontrollgremien anderer Länder oder des Bundes zu schaffen, müsste er dazu hinreichend konkretisierte Übermittlungsschwellen oder -anlässe formulieren und durch geeignete organisations- und verfahrensrechtliche Anforderungen sicherstellen, dass personenbezogene Daten, insbesondere solche, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen wurden, nicht an Behörden mit operativen Befugnissen übermittelt oder weitergeleitet werden. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass eine Kooperation unter Austausch personenbezogener Daten zwischen Kontrollbehörden der Länder nur insoweit möglich ist, als sowohl die übermittelnde als auch die empfangende Kontrollbehörde dazu gesetzlich ermächtigt sind. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum sog. „Doppeltürmodell“ dürfte auch auf die Frage des Austauschs personenbezogener Daten zwischen Kontrollbehörden übertragbar sein.

2. Für die Wahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und Größe der parlamentarischen Kontrollgremien gibt es keine *konkreten* verfassungsrechtlichen Vorgaben. Der Gesetzgeber entscheidet nach seinem politischen Gestaltungsspielraum über diese Fragen. Eine verfassungsrechtliche Grenze läge dort, wo das parlamentarische Kontrollgremium aufgrund organisationsrechtlicher Vorgaben nicht oder nicht hinreichend in der Lage wäre, der Kontrollbefugnis in effektivem Maße nachzukommen. Dies ist durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht zu befürchten. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat eine Beschränkung der Mitgliederzahl (auf fünf) jedenfalls für das bayerische Recht für verfassungskonform erachtet (BayVerfGH v. 21.02.2002 – Vf. 13-VIII-00). Auch eine Berücksichtigung der Opposition im Kontrollgremium unterliegt keinen verfassungsrechtlichen Bedenken, sondern liegt im Hinblick auf Art. 59 Abs. 1 ThürVerf nahe. Problematisch wäre es im Lichte des Art. 59 Abs. 2 ThürVerf nur, wenn die Regelungen zum parlamentarischen Kontrollgremium so ausgestaltet wären, dass sie die Berücksichtigung einer *bestimmten* Oppositionsfraktion rechtlich *gezielt* ausschließen würde. Dies ist bei vorliegendem Gesetzentwurf allerdings nicht erkennbar. Die Formulierung

*„Die parlamentarische Opposition im Landtag muss im Verhältnis ihrer Stärke zu den regierungstragenden Fraktionen des Landtags im Gremium vertreten sein.“*

ist fraktionsneutral. Ein verfassungsrechtlicher Anspruch dahingehend, dass *jede* Fraktion einen Vertreter in das parlamentarische Kontrollgremium entsenden könnte, existiert nicht (vgl. BbgVerfG, Ur. v. 19.2.2016 – VfGBbg 57/15).

3. Siehe zu 2.

4. Die bisherige konkrete Kontrollpraxis des Verfassungsschutzes in Thüringen ist mir nicht bekannt, so dass ich keine konkreten weiteren Einschätzungen oder Änderungsvorschläge vorzutragen habe.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Josef Franz Lindner